



## Antrag

der Abgeordneten **Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Angelika Weikert, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal, Klaus Adelt SPD**

### **Verantwortung des Freistaates bei Erhalt und Erinnerungskonzept von Zeppelintribüne und Zeppelifeld**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst sowie dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen bis zum Frühjahr 2017 schriftlich und mündlich zu berichten, wie ihre Beteiligung inhaltlicher, konzeptioneller und finanzieller Art für die bauliche Sicherung von Zeppelintribüne und Zeppelifeld sowie deren Erinnerungsarbeit aussehen soll.

Dabei soll sie insbesondere auf folgende Fragen eingehen:

- Wie sieht das finale, bauliche Sicherungskonzept der Stadt Nürnberg von Zeppelintribüne und Zeppelifeld aus?
- Welche Konzeption der historischen, politischen Vermittlungsarbeit ist damit verbunden?
- Wie sieht die Kostenschätzung aus?
- Wer ist seitens des Freistaates Ansprechpartner für die Stadt Nürnberg in Sachen Finanzierung der Sanierung?
- In welcher Höhe schlägt die Staatsregierung eine finanzielle Beteiligung des Freistaates an der Sanierung vor?
- Wird das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände in das Vermittlungskonzept miteinbezogen und ist dies bei den Überlegungen seiner Erweiterung/Neukonzeption mit enthalten?

### **Begründung:**

Zeppelintribüne und Zeppelifeld sind fass- und begreifbares Zeugnis nationalsozialistischer Hybris. Mit ihnen kann die Vermittlung der politischen Theorie des Dritten Reiches auf einzigartige Weise nahegebracht werden. Dieser Bedeutung ist sich die Stadt Nürnberg bewusst, die sich schon immer kritisch, konstruktiv und gewollt pragmatisch mit ihrem Erbe befasst. Auch auf Bundesebene wird diese Bedeutung durch Aufnahme des Reichsparteitagsgeländes in den Koalitionsvertrag als „authentischer Ort“ der Wissensvermittlung gewürdigt. Nachdem die Stadt Nürnberg nun ein Konzept für die bauliche Sicherung und die Erinnerungsarbeit entwickelt, konkrete Kosten genannt und sich an die Bundeskanzlerin und den Bayerischen Ministerpräsidenten gewandt hat, ist es für den Landtag an der Zeit, Art und Umfang der Beteiligung an diesem wichtigen Projekt zu bestimmen.